

Kurzbericht 2. Welle der "SRG Trendumfragen"  
zur Volksabstimmung vom 9. Februar 2020



Vor der Schlussmobilisierung:

**Mietwohnungs-Initiative – minimale Ja-Mehrheit bei deutlichem Nein-Trend**  
**Anti-Diskriminierungs-Gesetz – Ja-Mehrheit hält trotz leichter Polarisierung**

## **Projektteam**

**Lukas Golder:** Co-Leiter

**Martina Mousson:** Projektleiterin

**Edward Weber:** Projektleiter

**Aaron Venetz:** Wissenschaftlicher Mitarbeiter

**José Kress:** Wissenschaftlicher Mitarbeiter

**Thomas Burgunder:** Wissenschaftlicher Mitarbeiter

**Daniel Bohn:** Projektmitarbeiter

**Noah Herzog:** Projektmitarbeiter/Administration

Bern, 27. Januar 2020

**Sperrfrist: 29. Januar 2020, 06:00 Uhr**

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>WICHTIGES IN KÜRZE</b> .....	<b>4</b>
1.1	Generelles .....	4
1.2	Hauptergebnisse der 2. SRG-Trendumfragen .....	5
1.3	Mietwohnungs-Initiative .....	5
1.4	Anti-Diskriminierungs-Gesetz .....	9
1.5	Vorläufige Teilnahmeabsicht .....	12
1.6	Datengrundlage .....	13
<b>2</b>	<b>ANHANG</b> .....	<b>14</b>
2.1	gfs.bern-Team .....	14

# 1 Wichtiges in Kürze

## 1.1 Generelles

Wie üblich handelt es sich auch bei der zweiten Befragung nur um eine Momentaufnahme. Die Ergebnisse können im Wellenvergleich allerdings auch als Trends interpretiert werden. Eine Prognose folgt daraus mit Annahmen, wie sich die Meinungsbildung weiterentwickelt.

<b>MOMENTAUFNAHME:</b>	Einmalige Messung von Stimmabsichten, wie hier vorliegend
<b>TREND:</b>	Mindestens zweimalige Messung, um Entwicklungen mit verschiedenen Momentaufnahmen zu erkennen
<b>PROJEKTIONEN:</b>	Momentaufnahmen, bei denen die Unentschiedenen verteilt werden
<b>PROGNOSEN:</b>	Projektionen, welche die kommende Meinungsbildung bis zum Abstimmungstag mitberücksichtigen und die erwarteten Ja/Nein-Anteile bestimmen
<b>BEFRAGUNG:</b>	<p>Der telefonische Teil der vorliegenden Befragung wurde vom gfs-Befragungsdienst realisiert, die Auswertung und Analyse der Daten nahm das Forschungsinstitut gfs.bern vor. Befragt wurde via eines RDD-Dualframe-Verfahrens per Festnetz und Handy.</p> <p>Seit dem Herbst 2018 wird im Rahmen des SRG-Trend-Mandats die telefonische Umfrage durch eine Online-Befragung ergänzt, mit dem Ziel die Stichprobengrösse in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz zu erhöhen. Der Online-Teil wurde als opt-in-Befragung (Mitmachbefragung) über die Webportale der SRG SSR Medien realisiert.</p> <p>Der mittlere Befragungstag war der 18. Januar 2020, Entscheidungen können jedoch bis am 9. Februar 2020 noch gefällt werden. Das sind drei Wochen, während derer der Abstimmungskampf in vollem Gange ist.</p> <p>Keine Aussagen können wir über das Ständemehr machen, denn die Fallzahl lässt gesicherte Rückschlüsse auf die Kantone nicht zu.</p>
<b>SPERRFRIST:</b>	Die Sperrfrist für den aktuellen Bericht ist Mittwoch, der 29. Januar 2020, um 06:00 Uhr. Danach sind die Ergebnisse und der Bericht unter Quellenangaben frei.

### ZITIERWEISE

2. Welle der SRG-SSR-Trendbefragung zu den Volksabstimmungen vom 9. Februar 2020 vom Forschungsinstitut gfs.bern. Realisiert zwischen dem 15. und dem 23. Januar 2020 bei 4935 Stimmberechtigten. Der statistische Fehlerbereich beträgt +/-2.7 Prozentpunkte.

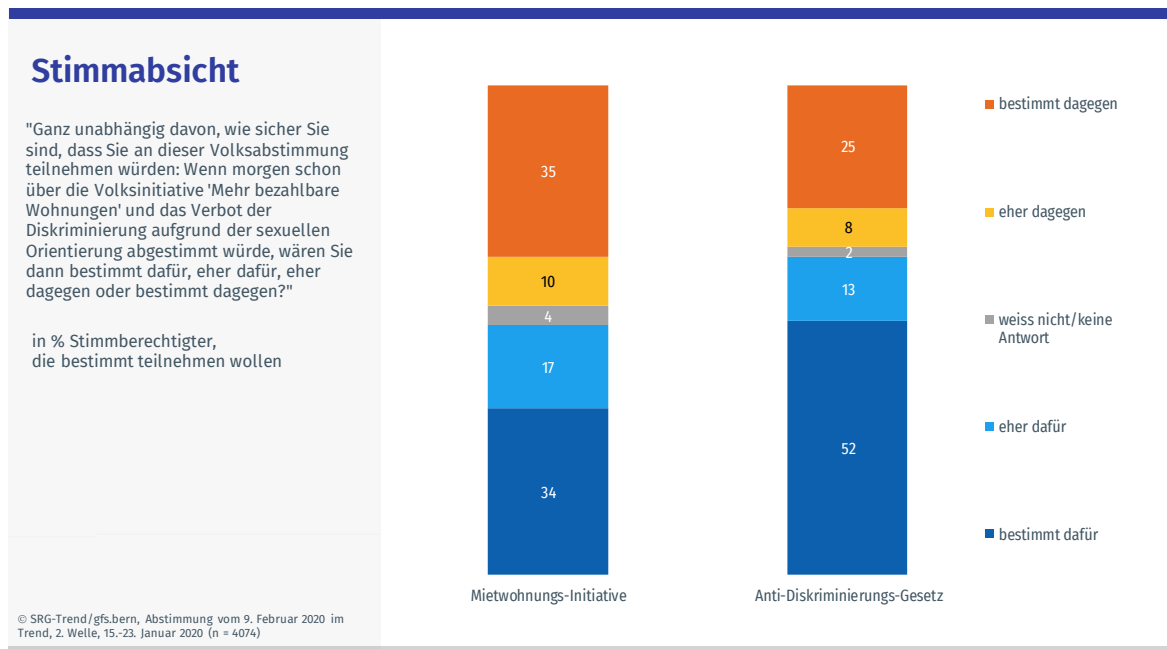
## 1.2 Hauptergebnisse der 2. SRG-Trendumfragen

Wäre bereits am 18. Januar 2020 über die eidgenössischen Vorlagen vom 9. Februar 2020 entschieden worden, wären die Mietwohnungs-Initiative wie auch das Anti-Diskriminierungs-Gesetz angenommen worden. Beide Vorlagen erfuhren in der Hauptphase des Abstimmungskampfes eine Polarisierung der Meinungsbildung zum Nein hin. Im Falle der Mietwohnungswohnungsinitiative zeichnet sich ein handfester Nein-Trend ab, beim Diskriminierungsgesetz verläuft die Polarisierung verhaltener.

Die Stimmbeteiligung hätte bei unterdurchschnittlichen 42 Prozent gelegen.

Dies die Bestandesaufnahme rund drei Wochen vor dem Abstimmungstag. Es handelt sich hierbei nicht um eine Prognose zum Abstimmungsausgang, sondern eine Beschreibung der Meinungsbildung und derer Dynamik mitten im Abstimmungskampf.

Grafik 1



Betont sei, dass alle Angaben bei einer 95-prozentigen Wahrscheinlichkeit mit einem Unsicherheitsbereich von  $\pm 2.7$  Prozentpunkten gelten. Ein Wert von 50 Prozent kann demnach zwischen 47.3 und 52.7 Prozent variieren, wobei kleinere Abweichungen wahrscheinlicher sind. Die Wahrscheinlichkeiten beziehen sich auf die Werte der aktuellen Befragung, nicht auf den Abstimmungsausgang am 9. Februar 2020.

## 1.3 Mietwohnungs-Initiative

### Gegenwärtige Stimmabsichten

51 Prozent der teilnahmewilligen Stimmberechtigten wollten Mitte Januar noch "bestimmt" oder "eher" für die Mietwohnungs-Initiative stimmen. 45 Prozent wären dagegen gewesen. Die Ja-Seite hat jedoch in gut einem Monat 30 Prozentpunkte ihres ursprünglichen Vorsprungs verloren.

Eine Mehrheit der Teilnehmewilligen geht von der Ablehnung der Initiative am 9. Februar 2020 aus. Im Mittel schätzen sie den Ja-Anteil auf 48 Prozent. Auch bei diesem Indikator läuft der Trend gegen die Initiative.

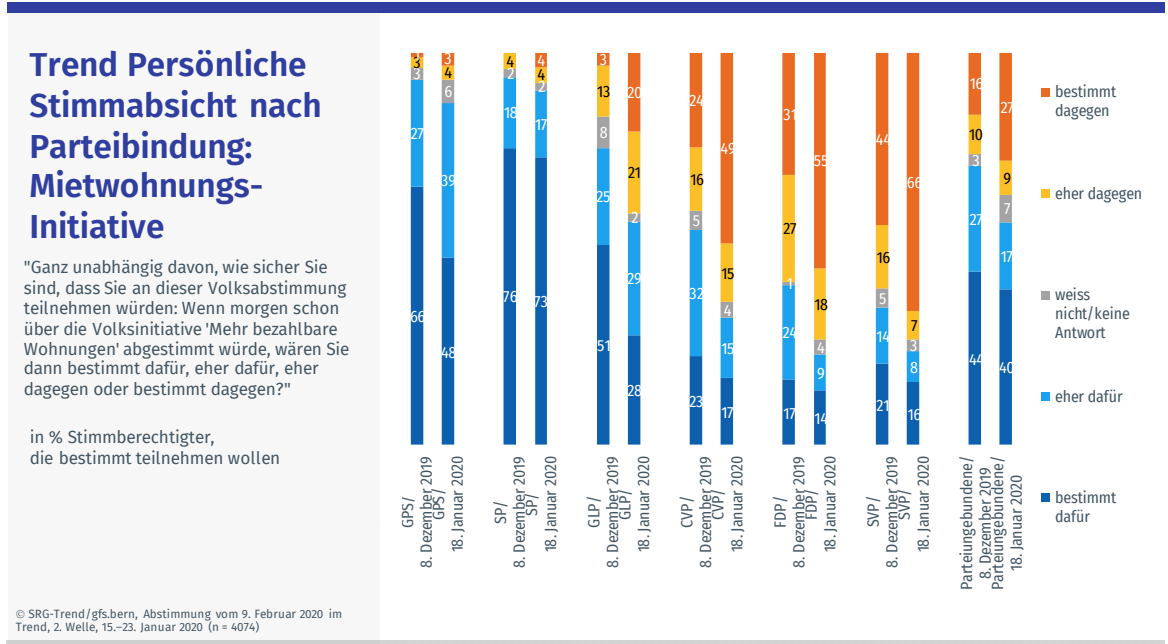
### Stand der Meinungsbildung

Die Meinungsbildung ist nun fortgeschritten. 69 Prozent haben eine feste Stimmabsicht: Sie sind entweder bestimmt für oder bestimmt gegen die Mietwohnungs-Initiative. Eher entschieden sind weitere 27 Prozent. Ein hoher Anteil der im Interview geäußerten Stimmabsichten lässt sich ausserdem über die Beurteilung der Argumente erklären: Es ist deutlicher geworden, welche Inhalte für und welche gegen die Vorlage sprechen.

### Konfliktmuster

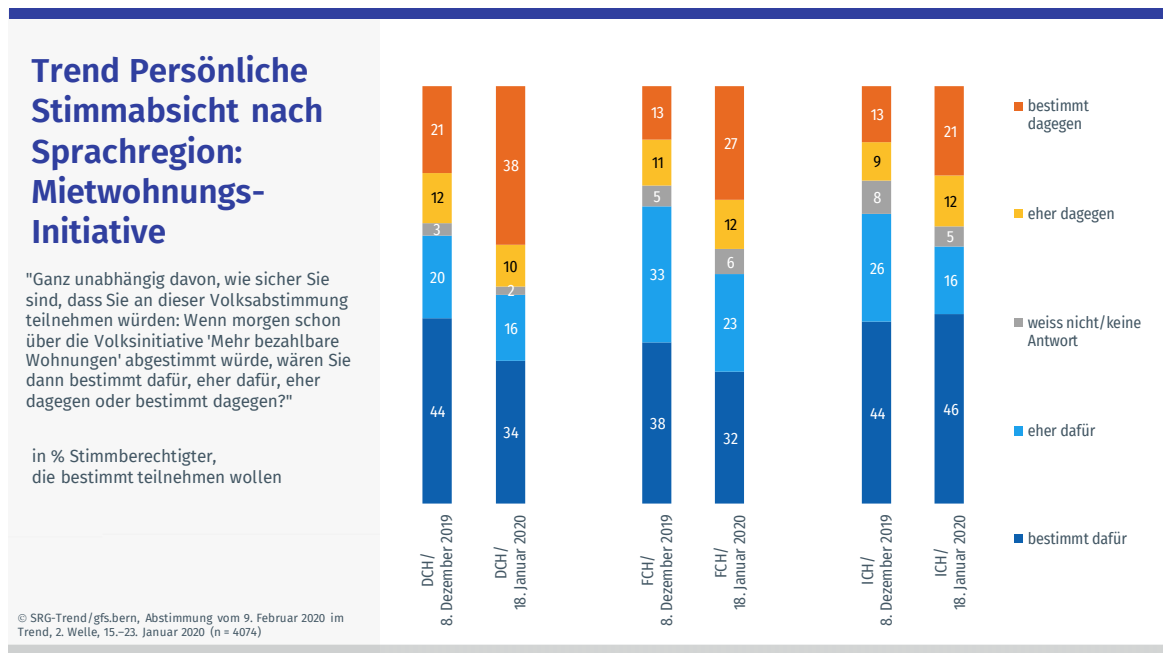
Die Entwicklung der Stimmabsichten zeigt das typische Muster von linken Initiativen auf, weil sie über das eigene Lager hinaus im Verlauf der Meinungsbildung immer deutlicher an Unterstützung verlieren. Neu sind Mehrheiten von CVP- und FDP-Anhängerschaften gegen die Vorlage. In den SVP-Reihen hat sich die Ablehnungsbereitschaft ebenfalls deutlich verstärkt. Klar rückläufig ist die Ja-Neigung ausserdem im Lager der GLP und bei Parteiungebundenen. In diesen Lagern war die Zustimmung Mitte Januar noch mehrheitlich.

Grafik 2



In der Deutschschweiz sind derzeit noch 50 Prozent für die Initiative, während es in der Romandie 55 Prozent sind. In diesen Regionen sind die Nein-Trends ähnlich stark ausgeprägt. In der italienischsprachigen Schweiz ist die Zustimmung mit 62 Prozent Ja-Anteil am höchsten, doch auch hier hat der Nein-Trend eingesetzt.

Grafik 3



Neben den politischen Faktoren ist die grösste Differenz im Ja-Anteil zur Initiative weiterhin zwischen den Geschlechtern zu finden: Frauen wollen noch mit 60 Prozent der Vorlage zustimmen, Männer mit 56 Prozent ablehnen. Bei beiden Geschlechtern beträgt der Rückgang des Ja-Anteils zwischen der ersten und der zweiten Umfrage 15 Prozentpunkte.

Nun zeichnet sich bei den Mehrheitsverhältnissen deutlicher ein Stadt-Land-Konflikt ab, wie es aufgrund der politischen Struktur und der Situation auf dem Wohnungsmarkt zu erwarten ist: In den Städten bleibt trotz Rückgang eine klare Mehrheit von 58 Prozent der Teilnehmewilligen im Ja. In den Agglomerationen und auf dem Land sind die Mehrheiten gekippt: Nur noch jeweils 48 Prozent wollen der Vorlage zustimmen.

Die Ja-Anteile der drei untersuchten Bildungsstufen weisen nun - unter Berücksichtigung des Stichprobenfehlers - ungefähr die gleich grosse Zustimmung auf. Der Ja-Anteil bei Personen mit einer tiefen Schulbildung ist stark rückläufig. Bei den Einkommensgruppen kommt die stärkste Opposition gegen die Mietwohnungsinitiative weiterhin von der Gruppe mit den höchsten Einkommen. Bei Personen mit einem Haushaltseinkommen von unter 9'000 CHF sind die Befürwortenden weiterhin in der Mehrheit. Auch in diesen Gruppen gibt es deutliche Nein-Trends.

### Argumente

Inhaltlich hat die Vorlage zwei starke Trümpfe, auch wenn alle Ja-Argumente etwas an Unterstützung verlieren: Eine Mehrheit von 60 Prozent wünscht grundsätzlich mehr genossenschaftliche Wohnungen. Sogar 68 Prozent wollen nicht, dass Wohnraum der Spekulation ausgesetzt wird. Die Gegenseite gewinnt inhaltlich an Unterstützung und hat drei relevante Kontrapunkte in der Debatte setzen können: Am stärksten wirken die hohen Kosten und der Verwaltungsaufwand zugunsten des Neins. Zwischenzeitlich unterstützen mehrheitliche 55 Prozent dieses Argument. Ebenfalls befürchten 53 Prozent,

dass starre Quoten private Investor\*innen abschrecken. Schliesslich wirkt auch der potenziell negative Einfluss auf den Wettbewerb –wegen der Abschreckung Privater– gegen die Initiative. Dieses Argument unterstützen jedoch nur 49 Prozent, was unterstreicht, dass die Nein-Seite trotz Aufwind inhaltlich nicht flächendeckend überzeugen kann.

### Trend in der Meinungsbildung

Die Mietwohnungs-Initiative war mit einer breiten Unterstützung in die Hauptphase der Abstimmungskampagne gestartet. Anfängliche Sympathien sind für linke Initiativen typisch. Ebenso typisch ist der deutliche Rückgang bei der Zustimmung, womit die Initiative Mitte Januar nur noch von einer sehr knappen Mehrheit unterstützt wird. Die Tatsache, dass vor allem im bürgerlichen Lager die Zustimmung weggebrochen ist, deutet darauf hin, dass es sich um eine klassische linke Initiativ-Vorlage handelt, welche typischerweise bis zum Urnengang weiter an Unterstützung verlieren und schliesslich mehrheitlich abgelehnt werden wird. Besonders wird das Augenmerk auf die GLP und die Wirkung der Parole auf deren Basis gerichtet sein: Noch ist eine Mehrheit der Anhängerschaft für die Initiative, der Trend läuft jedoch in Richtung der Nein-Parole der GLP-Delegierten. Hält sich bei der GLP und auch bei Parteiungebundenen ein relevanter Teil im Ja, so ist ein Achtungserfolg für die Initiative möglich.

Für die Ja-Seite sprechen trotz kritischer Trends weiterhin zwei Argumente: Deutliche Mehrheiten sind für mehr genossenschaftliche Wohnungen und für weniger Spekulation. Damit bleibt das Kernanliegen der Initiative gut abgestützt. Dagegen trumpft die Nein-Seite aber immer stärker mit Erwägungen zu den Folgekosten, zu den starren Quoten und zu Einschränkungen des Wettbewerbs. Ohne hohen Problemdruck im Mietwohnungsmarkt, wie er in Städten teilweise zu beobachten ist, kann bis zum Schluss damit gerechnet werden, dass die Schwächen der Vorlage in allen gesellschaftlichen Kreisen und ausserhalb der Grossstädte weiter in den Vordergrund rücken.

#### STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG

- Klarer Rückgang der Zustimmung auf eine sehr knappe Ja-Mehrheit.
- Typischer Verlauf linker Initiativen: Klare Ablehnung bei SVP, FDP und CVP zeichnet sich immer deutlicher ab, während SP und Grüne deutlich im Ja sind. Nein-Trends, aber anhaltende Ja-Mehrheiten bestehen bei GLP und Parteiungebundenen. Auch Frauen sowie Städter\*innen bleiben überdurchschnittlich klar im Ja.
- Wunsch nach mehr Genossenschaftswohnungen und gegen Spekulation spricht weiterhin für das Ja. Die Sympathien für das Anliegen bleiben zwar, die konkreten Schwächen der Vorlage mit starren Quoten und potenziell negativen Effekten auf die Investitionsbereitschaft und den Mietwohnungsmarkt rücken mehr und mehr in den Vordergrund.
- Ein Nein zur Initiative ist wahrscheinlich. Eine für linke Initiativen überdurchschnittliche Zustimmung von über 40 Prozent trotz Ablehnung erscheint möglich, sofern die Sympathien bei der GLP-Anhängerschaft und Parteiungebundenen bestehen bleiben.



## 1.4 Anti-Diskriminierungs-Gesetz

### Gegenwärtige Stimmabsichten

Die Gegenwärtigen Stimmabsichten zum Anti-Diskriminierungs-Gesetz sind eindeutig: eine Zweidrittelmehrheit der Stimmbürger\*innen ist zum jetzigen Zeitpunkt für die Vorlage. Ein Drittel des Stimmvolkes stellt sich auf die Nein-Seite und nur zwei Prozent sind noch unschlüssig.

Mit dem breiten Einsetzen des Abstimmungskampfes wurde die Meinungsbildung von einer leichten Polarisierung erfasst: Der Ja-Anteil ist leicht gesunken, der Nein-Anteil entsprechend gestiegen. Der Vorsprung der Ja-Seite bleibt mit 32 Prozentpunkten komfortabel, hat sich jedoch innert Monatsfrist verringert (-9 %-Punkte).

### Stand der Meinungsbildung

Der Stand der Meinungsbildung war bereits in der ersten Umfrage sehr weit fortgeschritten und ist noch einmal angestiegen. Die klare Mehrheit der Befragten äussert dezidierte Stimmabsichten (77%, +6 %-Punkte) zum Diskriminierungs-Gesetz: 52 Prozent wollen bestimmt dafür und nur 25 Prozent bestimmt dagegen stimmen.

Das Stimmvolk hat sich bereits früh eine gefestigte Meinung gebildet und der Spielraum für grundlegende Verschiebungen bei den Zustimmungswerten ist gering.

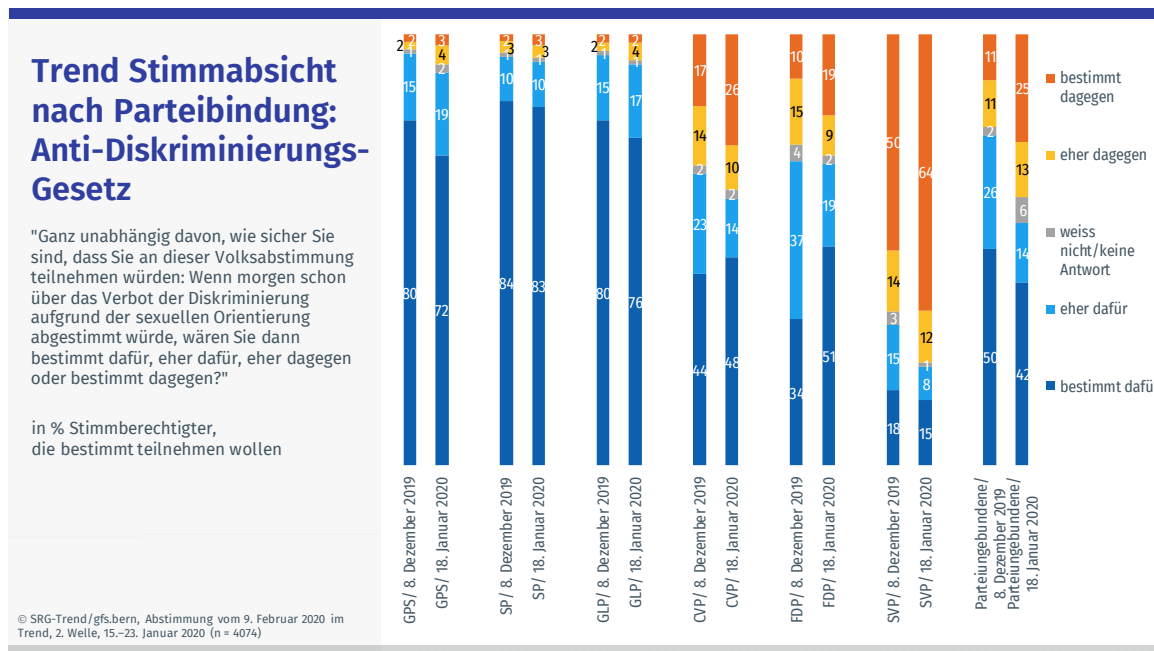
### Konfliktmuster

Zwar zeigt sich das Meinungsbild in vielen Untergruppen polarisierter als noch vor einem Monat, die Zustimmung bleibt aber mit ganz wenigen Ausnahmen mehrheitlich.

Am deutlichsten sind die Stimmabsichten politisch geprägt, denn die SVP-nahe Wählerschaft sowie regierungskritische Teilnehmewillige sind die einzigen mehrheitlich ablehnenden Gesellschaftsgruppen.

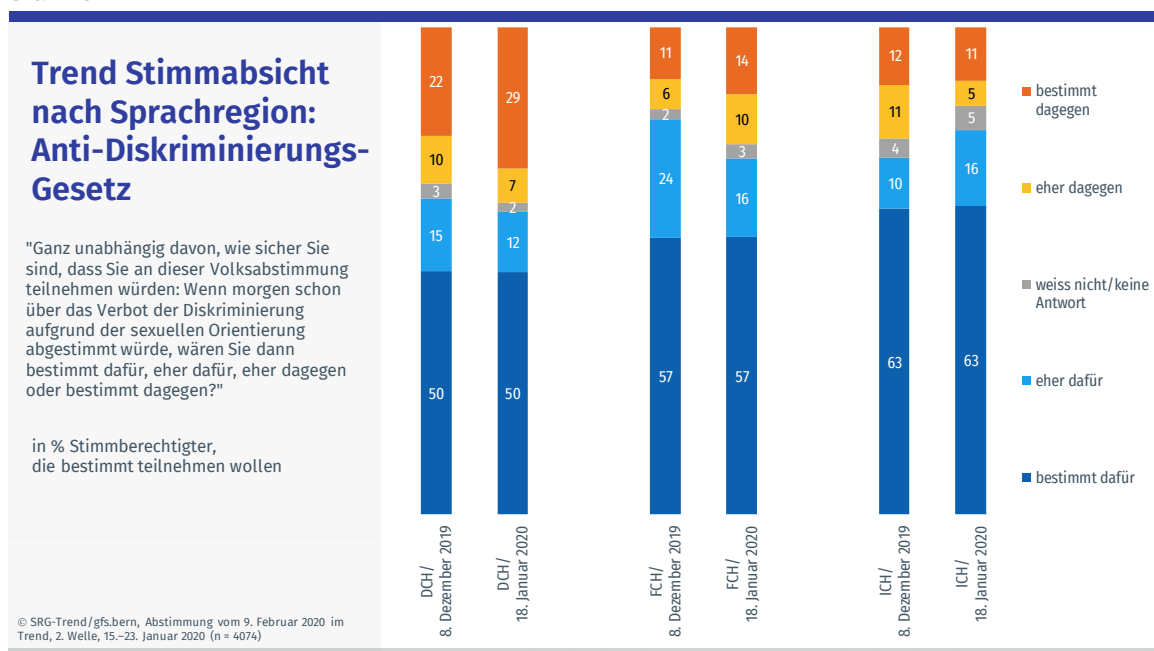
Die Trends der Meinungsbildung verlaufen bei allen Parteiwählerschaften auf unterschiedlichem Niveau gleich: Die Nein-Anteile steigen, die Ja-Anteile stagnieren oder sinken leicht. Im linken Umfeld ist dabei klar weniger Bewegung auszumachen als in der Mitte oder rechts davon. Setzt sich der bisherige Nein-Trend bei Parteiungebundenen ungebremst fort, ist die Zustimmung dieser Gruppe am 9. Februar 2020 nicht gesichert.

Grafik 4



Das Meinungsbild erweist sich über die Sprachgrenzen hinweg gefestigt und fällt überall mehrheitlich zugunsten des Anti-Diskriminierungsgesetzes aus. Widerstand gegen die Vorlage ist am ehesten in der Deutschschweiz zu verorten.

Grafik 5



Erhöhte Nein-Anteile finden sich bei Zustimmungsmehrheiten zudem unter Männern, und bei Teilnahmewilligen mit mittlerem Bildungsstand.

Somit herrscht trotz negativer Untertöne, die im Abstimmungskampf vermittelt werden konnten, breiter gesellschaftlicher Konsens in der Frage des Anti-Diskriminierungsgesetzes.

## Argumente

Mit dem hohen Wert der Zustimmung zur Vorlage ist ein klarer Vorteil des Ja-Lagers auf der argumentativen Ebene verbunden. Während alle Pro-Argumente mehrheitlich geteilt werden, werden zwei von drei Contra-Argumenten mehrheitlich abgelehnt. Bewegt hat sich an diesen Einschätzungen fast nichts.

Eine überwältigende Mehrheit bleibt der Ansicht, dass Diskriminierung das friedliche Zusammenleben gefährde und in einer freien und auf Menschenwürde bedachten Gesellschaft keinen Platz habe (84%). Die Notwendigkeit des Schutzes von homo- und bisexuellen Menschen ist, wenn auch etwas unter Druck geraten, anerkannt (66%, -4 %-Punkte) und der Problemdruck wird stabil als gegeben erachtet (63%).

Dass bald Ansprüche weiterer Gesellschaftsgruppen folgen werden, wenn Homo- und Bisexuelle speziellen Schutz erhalten, erntet als einziges Contra-Argument das Einverständnis von einer knappen Mehrheit (50%). Weniger verfangen die Argumente, dass durch das Strafgesetz bereits ausreichender Schutz existiere (43%), und dass es sich bei der Vorlage um ein "Zensurgesetz" handle (35%).

Die hohe Kongruenz zwischen der Haltung der Stimmbürgerschaft zu der Vorlage und zu den einzelnen Argumenten unterstreicht die Festigkeit des Meinungsbildes. Dreh- und Angelpunkt der Meinungsbildung ist die empfundene Notwendigkeit der Vorlage.

Die Haltungen zur Vorlage und zu den Argumenten stimmen in hohem Masse überein: Bei 79 Prozent (+5 %-Punkte) der Stimmbürger\*innen kann die Haltung zur Vorlage aufgrund der Haltung zu den Argumenten korrekt vorausgesagt werden. Auch dies stützt die Einschätzung, dass das Meinungsbild stark gefestigt ist.

## Trend in der Meinungsbildung

Zwar zeigt sich eine Polarisierung des Meinungsbildes Richtung Nein, der Vorsprung der Ja-Seite bleibt allerdings so gross, dass die Annahme der Vorlage nach wie vor das plausibelste Szenario darstellt.

Der Stand der Meinungsbildung ist weit fortgeschritten und auch die Beurteilung der Argumente zum Diskriminierungsgesetz spricht für eine Annahme am 9. Februar 2020.

Komplettiert wird das positive Meinungsbild zur Vorlage durch die Einschätzung der Stimmberechtigten selbst: Die klare Mehrheit der Teilnehmewilligen (72%, + 7%-Punkte) geht von einer Annahme der Vorlage aus.

**STICHWORTE FÜR DIE BERICHTERSTATTUNG**

- Die Ja-Seite trägt ihren Vorsprung trotz leichter Polarisierung des Meinungsbildes in die Endphase des Abstimmungskampfes.
- Der Stand der Meinungsbildung ist weit fortgeschritten und die Stimmabsichten sind von Haltungen zu Argumenten getragen.
- Der gesellschaftliche Konsens in der Diskriminierungsfrage ist mit nur zwei ablehnenden Gesellschaftsgruppen breit (SVP-Wählerschaft/Regierungskritische).
- Die Stimmbürgerschaft ist im Einklang mit den Parolen ihrer Parteien: SVP-Sympathisant\*innen gegen die Vorlage, der Rest dafür.
- Der Vorteil der Befürworter\*innen zeigt sich auch argumentativ deutlich.
- Eine Annahme des Gesetzes ist für den 9. Februar 2020 wahrscheinlichstes Szenario, auch das Stimmvolk geht von einer Annahme aus.

## 1.5 Vorläufige Teilnahmeabsicht

### Gegenwärtige Teilnahmeabsichten

Am 18. Januar 2020 hätten 42 Prozent "bestimmt" an der Abstimmung teilgenommen. Der Hauptabstimmungskampf zeigt somit nur beschränkt mobilisierende Wirkung. Am ehesten ist für den Urnengang vom 9. Februar 2020 eine maximal durchschnittliche Beteiligung (2011-2019: 45.6% durchschnittliche Teilnahme) zu erwarten.

### Profil

Die Teilnahmeabsichten links-grüner Wählerschaften (GPS: 61%, SP: 58%, GLP: 55%) fallen klar höher aus als im nationalen Mittel (42%), jene der Mitte-Rechts-Parteien liegen nahe daran (CVP: 43%, FDP: 43%, SVP: 40%). Unterdurchschnittlich mobilisiert bleiben einzig Parteiungebundene (21%). Höher als vor einem Monat sind die Teilnahmeabsichten von GLP-, CVP- und FDP-nahen Wähler\*innengruppen – sie wurden durch den Abstimmungskampf mobilisiert.

Die Themen der aktuellen Abstimmung mobilisieren zudem im urbanen Raum. Dort sind die Teilnahmeabsichten angestiegen und überdurchschnittlich (ländlich: 42%, kleine/mittlere Agglomerationen 42%, grosse Agglomerationen: 50%).

Stimmberechtigte aus der deutsch- und französischsprachigen Schweiz bleiben etwas stärker mobilisiert als solche aus der italienischsprachigen Schweiz (DCH: 42%, FCH: 43%, ICH: 37%).

Anders als gewohnt, beabsichtigen Frauen gleich häufig an der Abstimmung teilzunehmen wie Männer (Frauen: 42%, Männer: 42%).

Ansonsten bestätigt sich weitgehend das gewohnt Bild bei den Teilnahmeabsichten: Der feste Teilnahmewille steigt mit dem Alter an (18-39-Jährige: 36%, 40-64-Jährige: 42%, 65+-Jährige: 54% bestimmt teilnehmen) und die Teilnahmeabsicht steigt mit dem sozioökonomischen Status an (z.B. Bildung tief: 27%, mittel: 33%, hoch: 49%).

## 1.6 Datengrundlage

Um sprachregionale Aussagen machen zu können, haben wir die Sprachminderheiten in der CATI-Befragung überproportional berücksichtigt. Diese wurden, um nationale Aussagen machen zu können, wieder ins richtige Verhältnis gebracht.

Tabelle 1: Technischer Kurzbericht SRG-Trend – Volksabstimmung vom 9. Februar 2020

<b>Auftraggeber</b>	CR-Konferenz der SRG SSR
<b>Grundgesamtheit</b>	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
<b>Herkunft der Adressen</b>	CATI: Stichprobenplan Gabler/Häder für RDD/Dual-Frame; Verwendung Swiss-Interview-Liste Online: Opt-in-Befragung über die Webportale der SRG SSR
<b>Datenerhebung</b>	telefonisch, computergestützt (CATI) Online
<b>Art der Stichprobenziehung geschichtet nach</b>	CATI: at random/Geburtstagsmethode im Haushalt Sprachregionen Online: offene Mitmachumfrage
<b>Befragungszeitraum</b>	15. – 23. Januar 2020 mittlerer Befragungstag: 18. Januar 2020
<b>Stichprobengrösse</b>	minimal 1400, effektiv 4935 (Cati: 1402, Online: 3533) n DCH: 3032, n FCH: 1352, n ICH: 551 (CATI: n DCH: 702, n FCH: 400, n ICH: 300) (Online: n DCH: 2330, n FCH: 952, n ICH: 251)
<b>Stichprobenfehler</b>	± 2.7 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)
<b>Quotenmerkmale</b>	CATI: Geschlecht/Alter interlocked Online: -
<b>Gewichtet nach</b>	Dual-Frame-Gewichtung, Sprache, Siedlungsart, Parteiaffinität, Recall, Teilnahme
<b>Befragungsdauer CATI</b>	
Mittel	13.2 Minuten
Standardabweichung	2.9 Minuten
<b>Publikation</b>	29. Januar 2020, 6h00

© SRG-Trend/gfs.bern, Abstimmung vom 19. Mai 2019 im Trend, 2. Welle, 15.–23. Januar 2020

## 2 Anhang

### 2.1 gfs.bern-Team

---

#### LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, Dozent an der ZHAW

✉ [lukas.golder@gfsbern.ch](mailto:lukas.golder@gfsbern.ch)



Schwerpunkte:

Integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet

---

#### MARTINA MOUSSON

Projektleiterin, Politikwissenschaftlerin

✉ [martina.mousson@gfsbern.ch](mailto:martina.mousson@gfsbern.ch)



Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, nationale Abstimmungen und Wahlen (SRG-Trend, VOX-Analysen, Wahlbarometer), Image- und Reputationsanalysen, integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, qualitative Methoden, Gesellschaftsthemen (Jugendforschung, Rassismus, Familien, Mittelschicht)

---

#### EDWARD WEBER

Projektleiter, Dr. Des., Politikwissenschaftler

✉ [edward.weber@gfsbern.ch](mailto:edward.weber@gfsbern.ch)



Schwerpunkte:

Politische Einstellungen, Populismus, Abstimmungsforschung, Methoden der empirischen Sozialforschung, Ad hoc-Studien

---



### AARON VENETZ

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Politikwissenschaftler

✉ aaron.venetz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenmodellierungen, qualitative Methoden, Recherchen, Datenanalyse, Programmierungen, Medienanalysen, Visualisierungen

---



### JOSÉ KRESS

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Soziologe

✉ jose.kress@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse, Lektorate

---



### THOMAS BURGUNDER

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Mathematiker

✉ thomas.burgunder@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Programmierung und Auswertung quantitative Projekte, Modellierungen, Visualisierungen, qualitative Datenanalyse

---



### DANIEL BOHN

Projektmitarbeiter, Fachinformatiker Anwendungsentwicklung

✉ daniel.bohn@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Quantitative und qualitative Datenanalyse, Datenaufbereitung, Visualisierung

---



## **NOAH HERZOG**

Projektmitarbeiter/Administration, Kaufmann EFZ

✉ [noah.herzog@gfsbern.ch](mailto:noah.herzog@gfsbern.ch)

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration,  
Vortragsadministration

---



gfs.bern ag  
Effingerstrasse 14  
CH – 3011 Bern  
+41 31 311 08 06  
info@gfsbern.ch  
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter [www.schweizermarktforschung.ch](http://www.schweizermarktforschung.ch)



**SCHWEIZER  
MARKTFORSCHUNG**

**Kein Verkauf - Wissenschaftlich - Anonym**

**gfs.bern**

Menschen. Meinungen. Märkte.